

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 20. Juni 1959

Blatt 1271

Blumengrüße und Ministerbesuche

=====

20. Juni (RK) Der "Tag der Blume", gleichzeitig der letzte Tag des Europagespräches, machte sich heute schon am frühem Morgen im Wiener Rathaus bemerkbar. Als erste erschien bei Bürgermeister Jonas eine Abordnung der Gartenbaugesellschaft, der Kleingärtner und der Erwerbsgärtner Wiens und überbrachte dem Bürgermeister einen prachtvollen Rosenstrauß. Kurze Zeit später empfing der Bürgermeister in Anwesenheit von Stadtrat Mandl Minister Reginald Maudling (Großbritannien) und Minister Julius Bomholt (Dänemark), die in Begleitung des britischen Botschafters Sir James Bowker gekommen waren.

Inzwischen verteilten Stewardessen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien kleine Blumensträußchen an die Delegierten des Europagespräches im Gemeinderatssitzungssaal.

Mitten in den offiziellen Besuch im Arbeitszimmer des Bürgermeisters mischten sich die Klänge einer Musikkapelle auf dem Rathausplatz. Eine Abordnung der Bezirksorganisation Floridsdorf der Kleingärtner war mit musikalischer Unterstützung gekommen, um ihrem ehemaligen Bezirksvorsteher Blumengrüße zu überbringen. Auch die ausländischen Gäste des Bürgermeisters erhielten bei dieser Gelegenheit Blumensträuße.

- - -

Das "Europagespräch":

Die wirtschaftliche Zukunft Europas

=====

(Minister Reginald Maudling)

20. Juni (RK) Am letzten Tag des Europa-Gesprächs erklärte der Vorsitzende Bürgermeister Jonas einleitend: Das Bekenntnis zu Europa, das die Referenten in aller Öffentlichkeit und vor allem vor der Jugend unseres Landes abgelegt haben, ist wirklich geeignet, allen interessierten Menschen unserer Tage Ansporn zu sein.

Der erste Referent dieses Verhandlungstages war der britische Minister Reginald Maudling. Er führte zwei Gründe für die Notwendigkeit einer starken Wirtschaft an: Der Lebensstandard muß so hoch sein, wie er in jedem beliebigen anderen System erreicht werden kann, denn wenn die Menschen an die Demokratie glauben sollen, dann muß man ihnen beweisen, daß sie auch auf dem wirtschaftlichen Sektor funktioniert. Der zweite Grund ist die Hilfe, die wir den sogenannten unterentwickelten oder weniger entwickelten Ländern gewähren müssen, damit auch sie am Fortschritt teilhaben können.

Die moderne Industrie verlangt einen großen Markt. Wir haben in Europa gelernt, wie sehr unsere Stärke von unserer Einheit abhängig ist. Durch die Tätigkeit der OEEC und der Europäischen Zahlungsunion sind wir in den letzten zehn Jahren in der Lage gewesen, viele Schranken wegräumen, die den Handel behinderten und uns trennten. Großbritannien begrüßte den Zusammenschluß von sechs europäischen Staaten in der EWG und wünscht der Gemeinschaft der Sechs alles Glück. Wir wissen, daß ein Gedeihen der EWG nicht nur den sechs Ländern, sondern ganz Westeuropa zum Nutzen gereichen wird. Aber wir brauchen darüber hinaus ein neues System, das die Einheit aller 17 Mitglieder der OEEC aufrechterhält und verhindert, daß zwischen den Sechs und den außenstehenden Ländern eine Diskriminierung eintritt.

Der Gedanke einer Freihandelszone wurde zum ersten Mal von Paul Henri Spaak vorgebracht, und die ersten Diskussionen über eine Freihandelszone begannen schon lange vor Unterzeichnung des Römer Vertrages. Das Beratungskomitee hatte genaue Instruktionen

von allen 17 Regierungen, die dahin gingen, daß wir versuchen sollten, eine Freihandelszone bis zum 1. Jänner 1959 zu schaffen. Leider schlugen diese Bemühungen fehl. 1958 hat sich die französische Regierung aus innenpolitischen Gründen zu der Auffassung entschieden, daß sie den Gedanken einer Freihandelszone nicht akzeptieren könne. Daher mußten wir unsere Besprechungen unterbrechen. Mit Nachdruck wies Minister Maudling darauf hin, daß keine technischen Probleme vorhanden waren, die nicht hätten gelöst werden können. Dies ist deshalb wichtig hervorzuheben, weil die Menschen oft die Neigung haben, an der Möglichkeit einer europäischen Lösung zu zweifeln. Wir wissen, daß eine solche Lösung möglich ist, und wir werden durch die weltpolitischen Gegebenheiten mit der Zeit gezwungen sein, eine solche Lösung zu erreichen.

Minister Maudling unterstrich, daß die Frage des britischen Commonwealth keine Schwierigkeit in den Besprechungen darstellte und erst in der letzten Sitzung angeschnitten wurde. Das einzige, was Großbritannien von Zeit zu Zeit gelegentlich seinen Freunden sagen muß, ist, daß man nicht verlangen soll, im Commonwealth die gleiche bevorzugte Stellung zu genießen, sofern man gewillt ist, den Preis zu zahlen, den auch England zahlt.

Zur künftigen Entwicklung führte der Minister aus: Wir müssen auf jeden Fall etwas tun, denn wenn nichts geschieht, würde sich eine schwerwiegende Gefahr ergeben: die wirtschaftliche Organisation Europas würde zerfallen und damit auch die Einheit Europas bedroht sein. Unser Ziel bleibt eine multilaterale Assoziation, die alle 17 Mitgliedsländer der OEEC umfassen soll. Wenn nun im Rahmen der sieben Nicht-EWG-Staaten so etwas wie ein freier Markt geschaffen werden könnte, so hätte dies zwei große Vorteile: Zweifellos würde es zu einer Ausweitung des Handels zwischen unseren Ländern führen, zweitens aber könnte eine Assoziation der Sieben eine Brücke zu einer endgültigen Lösung für ganz Westeuropa schlagen. Es dürfte dann leichter sein, eine endgültige Übereinstimmung zwischen den Sechs und den Sieben zu finden, als wenn jedes Land für sich allein wäre. Es war erfreulich, daß Professor Hallstein selbst vor einigen Tagen gesagt hat, daß er die Besprechungen der Sieben in keiner Weise als gegen die Sechs gerichtet betrachte und daß die Kommission unsere Tätigkeit mit freundlicher Aufmerksamkeit verfolge.

Dies bestärkt uns in dem Glauben, wenn es uns gelingen sollte, im Rahmen der sieben Länder eine Assoziation zu schaffen, dann zu einer weitaus besseren Möglichkeit einer multilateralen Lösung mit den Sechs zu gelangen.

Europa kann seinen vollen Anteil am sozialen, kulturellen und politischen Geschehen nur dann nehmen, wenn es wirtschaftlich stark ist. Wir müssen alle Handelsschranken zwischen den Ländern Westeuropas beseitigen. Einige europäische Staaten, darunter Großbritannien und Österreich, haben politische und wirtschaftliche Gründe, sich nicht der EWG anzuschließen. Der Versuch der Freihandelszone ist mißlungen. Heute denken wir an eine Alternativlösung, die zum gleichen Ziele führen soll. Unser Endziel wird immer eine Assoziation sein, die alle 17 Länder Westeuropas umfassen und Europa die Stellung sichern wird, die sich Europa im Laufe der Geschichte verdient hat.

- - -

Das "Europagespräch":

Problematik der europäischen Einigung

(Nationalrat Karl Czernetz)

20. Juni (RK) Der Vizepräsident des Europarates Karl Czernetz (Österreich), sprach nach Minister Maudling über die Grundlagen der Problematik der europäischen Einigung und verwies darauf, wie stark wir gegenwärtig in Europa noch unter einem falschen Bewußtsein leiden, das unserer Zeit nicht entspricht. Diese Bewußtseinsrückstände einer vergangenen Epoche sind bei den Franzosen besonders augenfällig. Der französische Ministerpräsident Debré hat im Jahre 1953 als Abgeordneter vor dem Europarat die Worte gesprochen: Es gibt kein Europa, es gibt nur die Nation; es gibt nur gewisse Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, aber keine Einheit Europas. Wir haben den Eindruck, daß die Politik der leitenden Männer der Fünften Republik weit hinter den Absichten zurücksteht, die die Staatsmänner der Vierten Republik beherrscht haben, als sie den EWG-Vertrag geschlossen haben. Und es ist zu fürchten, daß diejenigen, die hoffen, daß der EWG-Vertrag die wirtschaftliche Grundlage einer engen

politischen Föderation der sechs westeuropäischen Staaten bringen werde, durch diese französische Haltung gewisse Enttäuschungen erleben werden.

Wie in allen unseren Ländern, so herrscht auch in Frankreich heute noch zu einem übergroßen Maße ein Nationalbewußtsein, das vor 200 Jahren entstanden ist, aber unserer Zeit nicht mehr entspricht. Die industrielle Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts hat den nationalen Markt geformt und der modernen kapitalistischen Wirtschaft die Bahn geebnet; die Bildung der Nationalstaaten ist das Resultat einer wirtschaftlichen und technischen Zwangslage dieser Völker gewesen. Angesichts der zweiten industriellen Revolution der zwanziger Jahre und der dritten industriellen Revolution der heutigen Tage bedeuten die nationalen Märkte des 19. Jahrhunderts, die Zollschraken und das Nationalstaatensystem einen Anachronismus sondergleichen. Dieses System widerspricht unserer Zeit und ihren Gegebenheiten. Unser Bewußtsein ist vielfach noch immer das nationale Bewußtsein einer vergangenen Epoche, deren Grundlagen völlig entschwunden sind.

Man fragt uns: Warum kann man Europa nicht einigen? Wenn die wirtschaftliche Einheit dieses Europa schon zwingend ist, weil die Technik es verlangt, warum kommt man dann nicht dazu? Es gibt manche, die sagen, sorgt euch nicht, das ist eine zwangsläufige Entwicklung. Wir müssen die junge Generation warnen: Es wird nicht leicht und nicht automatisch vor sich gehen, diese wirtschaftliche und politische Einheit zu schaffen.

Wir verfolgen die Versuche, diese kleine Freinhandelszone als Brücke zu einer multilateralen Assoziation mit der EWG zu schaffen, mit allen unseren Hoffnungen. Die Franzosen haben die Verzögerung de facto erreicht. Aber die Zeit drängt. Für Österreich ist es eine Lebensfrage und nicht eine Frage der Annehmlichkeit oder der zusätzlichen Gewinne. Wir sind am stärksten handelspolitisch zu den Sechs orientiert, stärker als die Sechs untereinander handelspolitisch verbunden sind. Die Auseinandersetzungen der Großen in Europa dürfen nicht das Leid der Kleinen in Europa bringen. Wenn wir von der Einheit Europas sprechen - und Österreich hat in den vergangenen Jahren Opfer dafür gebracht -, dann darf man dieses kleine Österreich am Rande des Eisernen Vorhanges nicht in eine prekäre, in eine gefährliche Situation

bringen. Man soll sich Finnland vor Augen halten. Man soll Österreich nicht vom west- und mitteleuropäischen Markt diskriminierend zurückdrängen, weil das eine Lebensgefahr für uns darstellen könnte. Man muß bereit sein, große Kompromisse zu schließen, und wir können die betreffenden Länder nur dringend bitten, nicht nur an sich und ihre Interessen, sondern an Europa zu denken.

Selbst das gewaltige historische Ereignis der Bildung der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs hat in den Massen der Bevölkerung dieser Staaten, bei ihrer jungen Generation kaum eine Resonanz ausgelöst. Die Einheit Europas ist zu einer Angelegenheit von Experten geworden. Aber klagen wir die Menschen nicht an, denn sie können ja dieses Gestrüpp nicht mehr durchschauen. Man spricht von neuen Zusammenfassungen der Organisationen. Wichtiger aber ist es, die bestehenden Massenorganisationen zu infiltrieren. Wir brauchen Pressionsgruppen, die imstande sind, die existierenden Bewegungen zu Instrumenten der Einigung zu machen.

Überall in Europa haben sich die nationalen Staaten erst konstituieren können, als sich ein Nationalbewußtsein in den Völkern selber herausgebildet hat. So erfordert auch dieses Europa-bewußtsein ein übernationales Völkerbewußtsein, das Bewußtsein einer umfassenden europäischen Solidarität. Der totale Nationalismus, der totalitäre Staat hat zu totalen Kriegen, zu den Diktaturen und zum Untergang geführt. Die Rettung Europas und der Nationen Europas ist nicht mehr im Gegensatz der Nationen, sondern nur in der Kooperation zu finden.

Die Einheit Europas kann nur freiwillig erfolgen. Napoleon und Hitler sind gescheitert, die Eroberer und Diktatoren sind zerschellt an der Eigenwilligkeit, dem Individualismus, dem Freiheitsdrang der europäischen Nationen. Aber eine freiwillige Einigung Europas wird nicht in erster Linie Sache der Staatsmänner und Experten, sondern eine Sache der Völker sein müssen, das Ergebnis einer tiefgreifenden geistigen Revolution.

Das europäische Kulturerbe von Jahrtausenden geht zurück auf die hellenische Kultur, die uns die Idee der Demokratie, die Philosophie, das sokratische Suchen nach der Wahrheit gebracht hat, auf die Tradition Roms mit der Idee des Rechtes, auf das Vermächtnis des Christentums, das im Orient entstanden, aber in Europa groß und herrschend geworden ist und uns die Idee der Gleichheit alles dessen brachte, was Menschenantlitz trägt.

Die Renaissance hat den Menschen wiederentdeckt und wollte ihn zum Maß aller Dinge machen, die bürgerliche Revolution führte zur Durchsetzung der Freiheit, zum System des Liberalismus, die moderne Arbeiterbewegung darüber hinaus zur Demokratie und zu den Formen des demokratischen Sozialismus. Europa ist nicht eine dieser Ideen oder Weltanschauungen - Europa ist alles! Europa kann nicht das Einschmelzen der Kulturen, Ideologien und Weltanschauungen, es wird auch nicht das Einschmelzen der Nationen bringen, das Wesen Europas ist sein Reichtum, seine Vielfalt, sein Individualismus. Wer die Bestandteile nationaler und ideologischer Art verschmelzen könnte, er hätte Europa nicht geeint, sondern vernichtet. Die Einheit Europas kann nur eine Einheit in Vielfalt sein.

Karl Renner forderte 1916 für das multinationale Österreich-Ungarn, diesen kleinen Völkerbund im Herzen Europas, die Souveränität der internationalen Gemeinschaften, das Selbstbestimmungsrecht als Autonomie der Einzelnation, Mitgesetzgebung, Mitverantwortung, Mitgerichtsbarkeit der Einzelnation im internationalen europäischen Verband. Wir beklagen, daß die Herrschenden unseres Staates damals diese Grundsätze und Notwendigkeiten nicht verstanden haben. Der Untergang Österreich-Ungarns war ein Verlust für alle. Wir Österreicher maßen uns nicht an, die anderen Staaten zu belehren, aber wir bitten sie, unsere Geschichte zu verfolgen und daraus ihre Lehren zu ziehen. Die Lehre lautet, daß man diesen Grundsatz der allmählichen Schaffung einer internationalen Souveränität und des Selbstbestimmungsrechtes als Autonomie der Einzelnation zu erkennen und anzuwenden hat. Wenn Europa nicht imstande ist, diese Lehre aufzunehmen, werden wir vielleicht einen Untergang Europas erleben, wie wir einen Untergang Österreich-Ungarns erlebt haben, und niemand wird daraus Gewinn ziehen.

Das Vereinte Europa, das wir wollen, soll ein Instrument zur Herstellung einer echten Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den orientalischen Entwicklungsländern darstellen, aber diese Einheit Europas darf nicht warten, bis die Welt geeint ist. Wir müssen alles tun, um die Einheit Europas als realpolitische Aufgabe auch in dieser geteilten Welt zu erkennen. Gerade wir Österreicher sind uns darüber im klaren, daß dieses Europa noch nicht das ganze Europa ist, daß die Menschen in Prag, Budapest und Warschau Europäer sind wie wir.

Aber wir können nicht warten, bis sie frei sind, und müssen verbinden, was heute in Freiheit verbunden werden kann. Die junge Generation soll sich nicht entmutigen lassen, sondern mit Optimismus an die Dinge herangehen. Heute gehen die Parlamentarier und Politiker hinaus in Versammlungen und predigen Europa. Diese Europapolitiker ziehen herum wie fahrende Händler, die zwar gutwillige, aber wenig kaufbereite Kunden finden. Wir erwarten, daß die Jugend einmal die Politiker drängen wird. Europa ist alt, aber es muß nicht sterben. Sein Tod wäre ein Verlust für diese Welt und eine Gefahr für alle. Europa hat noch eine Aufgabe, eine Mission: gegenüber der Herrschaft der Diktatur auf der einen Seite und der drohenden Herrschaft eines technischen Roboter- und Managerwesens auf der anderen Seite den Menschen wiederzuentdecken, die Technik zu nützen, aber einen neuen Humanismus zu gestalten. Europa hat die Aufgabe, der Menschheit die Menschlichkeit zu geben.

- - -

Änderung im Festwochenprogramm

=====

20. Juni (RK) Die für morgen, Sonntag, angekündigte Vorstellung im Akademietheater "Das Apostelspiel" findet nicht nachmittag, sondern um 11 Uhr vormittag als geschlossene Vorstellung statt.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

20. Juni (RK) Dienstag, 23. Juni, Route 5, mit Besichtigung des Pratersterns, der Getreidesilos und Hafenanlagen in Albern sowie des Flughafens Schwechat.

Abfahrt vom Rathaus 1, Lichtenfelsgasse 2, um 14 Uhr.

- - -

Das "Europagespräch":Österreich und die wirtschaftliche Integration Europas
=====

(Nationalrat Barthold Stürgkh)

20. Juni (RK) Nationalrat Stürgkh (Österreich) zog nach der Rede von Nationalrat Czernetz in seinen Ausführungen über Österreich und die wirtschaftliche Integration Europas zunächst eine Analyse der westlichen und kommunistischen Expansions- oder Kolonialpolitik der letzten 20 Jahre. In dieser Zeit haben die Sowjetunion und China 21 Staaten auf einem Gebiet von rund 3 1/2 Millionen Quadratkilometer mit 141 Millionen Einwohnern in ihre Machtsphäre einverleibt. In der Zeit von 1940 bis 1956 hat der demokratische Gedanke des Westens den Völkern Asiens und Afrikas zur allmählichen Erlangung ihrer vollen nationalen Selbständigkeit verholfen.

Kein Wunder, daß unser klein gewordenes Europa im Zeichen gigantischer Blockbildungen auf dieser Welt das lebhafteste Bedürfnis hat, sein durch 17.000 Kilometer Zollgrenzen zerrissenes Gebiet nach Möglichkeit zu integrieren. Im Prinzip hat sich Österreich zu einer wirtschaftlichen Assoziation entschlossen, denn unser Wirtschaftsraum ist klein und wegen der starken Außenhandelsabhängigkeit nicht besonders krisenfest. Außerdem spielt sich unser Handel vorwiegend mit europäischen Ländern ab, insbesondere seit wir keinen direkten Zugang zum Meer haben.

Die Zahlen über die Einkommensverhältnisse und Produktivität in der Welt zeigen, daß Leistungssteigerungen eben nur in einem wirtschaftlichen Großraum, wie ihn etwa die Vereinigten Staaten von Amerika darstellen, erreicht werden können. Sie liefern auch den schlagenden Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit eines europäischen wirtschaftlichen Großraums. Das industrielle Wachstum, das zum Ausstoß sehr großer Warenmengen führt, sprengt die nationalstaatlichen Märkte in Europa, und die Zollgrenzen der europäischen Staaten erweisen sich als Hindernis einer weiteren gedeihlichen Entwicklung. Wir können mit Gewißheit zu dem Schluß kommen, daß die nationalstaatliche Zersplitterung des europäischen Marktes eine der Hauptursachen für das Zurückbleiben seiner Produktivität ist.

Daraus geht aber ebenso eindeutig hervor, daß die Integrationsbestrebungen in Europa ihre Ursächlichkeit nicht allein aus der Bedrohung durch den Ostblock finden, sondern auch ohne Bedrohung durch den Kommunismus ein Gebot der Zeit wären.

Österreich hat wie auch die anderen Mitgliedstaaten der OEEC gehofft und sich auch darum bemüht, daß die vorgeschlagene Freihandelszone gleichzeitig mit den römischen Verträgen in Kraft treten würde. Dies ist leider nicht der Fall gewesen. Die Hindernisse sind mannigfacher Natur, sie liegen in der historischen Entwicklung, in der Tradition, Kultur und Sprache. Ein gewaltiges Hindernis bildet aber vor allem der Umstand, daß ein Teil Europas keine weiteren Bindungen zu anderen Kontinenten hat, der andere, und das ist der mächtigere, aber bedeutende Bindungen nach Übersee besitzt.

Österreich ist aus Gründen seiner Neutralität, unter Wahrung seiner historischen Mittlerrolle zwischen Osten und Westen, aber insbesondere auch wegen seines verhältnismäßig großen Handelsvolumens an einer multilateralen wirtschaftlichen Assoziation wesentlich interessiert. So und auch nur so ist die Teilnahme Österreichs an den jetzt stattgehabten Besprechungen in Stockholm über eine sogenannte kleine Freihandelszone zu verstehen. Sie kann freilich nur ein Surrogat für die bereits geplante Freihandelszone sein. Aber wenn sich diese Länder auf einem gemeinsamen Nenner finden könnten, so würden sie in den Verhandlungen mit den EWG-Staaten mehr Einfluß haben als in Einzelgesprächen. Nichts wäre für Europa gefährlicher, als wenn es seine Uneinigkeit unter Beweis stellen würde. Wir können daher nicht darauf warten, bis wir von der EWG wieder einmal einen Vorschlag vorgelegt bekommen, sondern wir müssen zweifellos auch initiativ in dieser Richtung vorgehen.

Das Bestreben zur Schaffung eines europäischen Großraumes ist keine Erfindung unseres Jahrhunderts, es wurde schon auf nationalem und imperialistischem Wege versucht und hat jedesmal übergroßes Unglück und Leid über unseren Kontinent gebracht. Diesmal gilt es aber erstmalig auf föderativer Basis, dieses Mosaik von Völkern, Nationen und Rassen friedlich zu gemeinsamer Arbeit, Wohlstand und Sicherheit zu vereinen. Das ist ein faszinierendes Ziel für die europäische Jugend.

Wenn wir an Europa denken, so sollten wir nicht in den Fehler verfallen, an dem Status der derzeitigen ideologischen Demarkationslinie festzuhalten, sondern wir sollten das alte geographische Europa im Auge behalten. Auch sollten wir Europa als die große abendländische Kulturgemeinschaft sehen. Wir Europäer können nicht einfach die Lebenswerte im materiellen und technischen Belangen allein finden. In dem freien Spiel der geistigen Kräfte hat dieses kleine Rumpffösterreich als der kosmopolitischste Staat Europas eine besondere Aufgabe: sein reiches Vermächtnis um das Wissen von friedlichem Zusammenleben von Völkern, Rassen und Nationen von Gestern an das Europa von Morgen zu vermitteln.

Es wäre erniedrigend und beschämend und trüge die schwersten Folgen in sich, wenn unser Kontinent, von dem seit Beginn des Christentums die ganze Welt ihre Kultur und Zivilisation geschöpft hat, nun im technischen Zeitalter versagen würde. Denn entweder wird dieses Europa seine Bedeutung zurückgewinnen, oder es würde in Zerrissenheit und Altersschwäche verurteilt werden, ein Satellit des Ostens oder eine Kolonie der neuen Welt zu werden.

- - -

Zu jeder Jahreszeit - Wien hat eine sparsame Jugend
=====

20. Juni (RK) Obwohl die großen Sommerferien bereits greifbar nahe sind, wurde der letzte Jugendspartag vor den Ferien, der am Mittwoch, dem 17. Juni in allen Zweiganstalten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien abgehalten wurde, ein großer Erfolg.

4.070 Buben und Mädels brachten an diesem Tage ihre Heimsparbüchsen an die "Jugendschalter" der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, und es waren ganz ansehnliche Beträge, die dabei zum Vorschein kamen.

277.000 Schilling wurden innerhalb von eineinhalb Stunden von den Kindern eingezahlt, das entspricht einer Durchschnittseinlage von fast 70 Schilling. Jeder jugendliche Spareinleger erhielt als kleines Geschenk ein Geldbörserl.

- - -

Die beste Liesinger Köchin wurde ermittelt
=====

Schülerinnen lernen "hauswirtschaften"

20. Juni (RK) Nach langjähriger Besetzung konnte im Herbst 1957 die alte Schulküche an der Hauptschule - Liesing reaktiviert werden und der Hauswirtschaftsunterricht mit sechs Kursen beginnen, an denen Schülerinnen der vierten Hauptschulklasse von Atzgersdorf, Inzersdorf, Liesing und Mauer teilnahmen. Zum Abschluß des Lehrganges wurde nun von jeder Gruppe die beste Schülerin zu einem Wettbewerb nominiert, bei dem die beste Köchin des 23. Bezirkes ermittelt werden sollte.

Heute vormittag war die Schlußveranstaltung des Wettbewerbes. Nach einleitenden Worten des Direktors der Anstalt und einem kurzen Vortrag der Fachlehrerin über den Hauswirtschaftsunterricht konnte der Hauptteil beginnen. Nach einer theoretischen Prüfung folgte die mit viel Spannung erwartete praktische Prüfung. Die sechs Prüflinge mußten "Schneeslagen" und einen Strudelteig ausziehen. Es siegte die vierzehnjährige Hildegard Lirsch, ein Mädchen aus Inzersdorf. Die Siegerin wurde mit einem Kochlöffel, der die Aufschrift "Der Siegerin im Kochwettbewerb der 4.Hauptschulklassen des 23. Bezirkes 1959" trägt, einer Schüssel mit Kostproben der sechs Kochgruppen gefüllt und einem Kochbuch prämiert. Aber auch die anderen fünf Besten der Kochgruppen gingen nicht leer aus. Sie bekamen als Trostpreis ein Kochbuch.

Direktor Paast von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien übergab für den Hauswirtschaftsunterricht des 23. Bezirkes der Hauptschule Liesing eine moderne Waschmaschine im Werte von 4.800 S und für die sechs besten Schülerinnen je einen Spargeschenkgutschein über 30 S und ein Mädchenbuch.

- - -

Das "Europagespräch":Erziehungsprobleme der Demokratie
=====

(Minister Julius Bomholt)

20. Juni (RK) Minister Julius Bomholt (Dänemark) sprach als letzter Referent des Europagesprächs über Erziehungsprobleme der Demokratie. Er sagte unter anderem: Die Demokratie ist immer langsam. Es nimmt Zeit in Anspruch, die Argumente des Gegners zu hören und durch Verhandlung den vereinigenden Mittelweg zu finden, es nimmt Zeit in Anspruch, zu einer Überzeugung zu gelangen, die das Gemüt zufriedenstellt. Eine Demokratie erfordert viel von der Bevölkerung und besonders von der Jugend eines Landes. Eine Demokratie, die ihren Namen zurecht trägt, ist immer unterwegs. Die nordischen Staaten betrachten die politische Demokratie als eine Selbstverständlichkeit, sie verstehen die Demokratie nicht als ein System, sondern als eine Lebensform. Die soziale Demokratie ist teilweise verwirklicht. Die wirtschaftliche Demokratie stellt wie in allen Ländern schwierige Aufgaben, und hier stoßen die politischen Parteien am heftigsten zusammen. Der interessanteste Zug des augenblicklichen Bildes knüpft sich aber an die kulturelle Demokratie. Sie ist der Schlüssel der künftigen Entwicklung, denn wirtschaftliche Demokratie ist nur dann denkbar, wenn die kulturelle Demokratie Ausgangspunkt und Grundlage ist.

Für die Demokratie bestehen heute Gefahren, die aus tief-
liegenden Ursachen herrühren. Die industrielle Welt hat überall
viele Vorteile gebracht, denen aber auch manche Nachteile gegen-
überstehen.

Die Rationalisierung kann nur allzu leicht zum Intellektualis-
mus führen. Die Rationalisierung gibt den gewünschten Vorsprung
in Wettbewerb und Verdienst. Während die wissenschaftliche Er-
kenntnis immer neue Sachgebiete einbezieht, ist es, als ob die die
Lebensanschauung nährenden Quellen immer mehr versiegen. Jeder
Mensch hat seine eigene Wertskala, die weitgehend auf dem Gefühl
aufgebaut ist. Der Intellektualismus hat eine Neigung zur Selbst-
genügsamkeit, und jeder Sachverständige sucht sich unangreifbar
zu machen.

Die Spezialisierung hat als negative Begleiterin die Isolierung. Das Spezialgebiet tritt nicht als Glied eines organischen Ganzen auf, die Kenntnis der Ganzheit ist nicht mehr erforderlich für die gewünschte Leistung. Das Innenleben des Menschen zeigt nur allzu oft eine unheilbare Einsamkeit der Seele. Die abgegrenzten Kreise sind eine ständige Gefahr für die Demokratie. Viele Menschen wenden sich gegen jedes Eingreifen der Gesellschaft. Auf dem kulturellen Gebiet knüpft sich an die Isolation ein dauernder Drang nach künstlicher Entspannung. Sport und Vergnügungsindustrie entfalten ihre Farbenskala. Hingegen sind die Formen der Gemeinschaft, die im höheren Grade das Gefühl in Anspruch nehmen, im Rückgang begriffen.

Dem Vorteil der Normalisierung steht der Nachteil der Konformität gegenüber. Die Normalisierung ergreift heute nicht nur die Kleidung, die Maschinen, die Städte, die Läden, sondern überall in der Welt finden wir ungefähr die gleiche Ausstattung der Wohnungen, die gleichen Qualitäten von Autos und Fernsehen, die gleichen Gipfelleistungen in Filmen und Musik. Die meisten Menschen wohnen in Mietwohnungen und haben eine Mindestfläche für Bett, Tisch und Kinder zur Verfügung. Die Verbindung der Kinder mit der Natur ist sehr beschränkt. Die Normalisierung endet unerbittlich in Monotonie. Stufenweise werden wir in die langweiligste aller Weltordnungen geführt. In dieser Langeweile entstehen unaufhörlich Bedürfnisse nach Zerstreuung. Eine ewig nagende Unzufriedenheit kann nur vorübergehend durch Ausflüge und Reisen, durch Sportereignisse und sensationelle Pressenachrichten betäubt werden. Die Jugend leistet eine Zeitlang Widerstand gegen die Monotonie und sucht sich ein Opfer. Die Freizeit wird immer weiter in die Einförmigkeit und Monotonie hineingezogen.

Das schlimmste ist, daß die industrielle Massenverbreitung eine Neigung zu Passivität und Neutralismus fördert. Wenn die Passivität zur Gewohnheit geworden ist, gibt es fast keinen Weg vorwärts.

Diesen Gefahrenerscheinungen gegenüber findet man keinen Trost im Gedanken, daß die wirtschaftlichen Fortschritte zu verstärkten kulturellen Interessen führen werden. Bei gehobenem sozialen Wohlstand ist die Kultur nur allzu leicht bloße äußerliche Zier.

Der Weg nach vorwärts besteht nicht in weniger, sondern in mehr Demokratie. Die langsame Demokratie muß zu einer konsequenten und bewußt arbeitenden Demokratie werden.

Die verlängerte Freizeit muß zu einer verstärkten kulturellen Tätigkeit führen. Dazu ist es notwendig, das Land mit Schulen, Büchereien, Museen, Sportplätzen und Versammlungssälen zu sättigen. Es muß die Aufgabe der Schule sein, auf das Ganze hinzuweisen, das Kind muß durch Erleben lernen. Was die Schule angefangen hat, muß die Erwachsenenbildung weiterführen. Der demokratische Staat muß Kunst und Wissenschaft fördern, ohne sich durch Dirigismus einzumengen. Die Demokratie sollte einen Einfluß auf die kulturellen Massenverbreitungsmittel, insbesondere auf den Rundfunk nehmen. Schließlich muß der Tüchtige überall freie Bahn finden.

Wir müssen die negativen Wirkungen der Industrialisierung durch die kulturelle Tätigkeit ausgleichen. Dabei hat im Mittelpunkt der Mensch zu stehen. Wir sollten die Menschen in eine erlebte Gemeinschaft einführen, denn erlebte Zusammenarbeit ist der natürliche Weg zu einer erneuerten Ethik und zu verstärkter Mitverantwortlichkeit. Es muß ein bewußter Einsatz geleistet werden gegen jede Neigung zu erstarrter und unpersönlicher Form, gegen Verflachung im Rahmen eines abgegrenzten Kreises, gegen Vorurteile und Selbstgenügen. Wir müssen uns auch vom nationalen Selbstgenügen befreien und uns in dem gemeinsamen Menschenland treffen, in dem wir die Jugend willkommen heißen.

- - -

Abschluß des "Europagespraches":

Europa bekommt man nicht gratis!

=====

(Bürgermeister Jonas)

20. Juni (RK) In seiner Schlußansprache dankte Bürgermeister Jonas allen Teilnehmern des Europagespraches 1959 für ihre Mitarbeit. In einem Rückblick erinnerte er an die Stellungnahme eines deutschen und eines französischen Gesprächspartners und erklärte: Die Äußerungen beider Abgeordneter scheinen mir eine Bestätigung dafür zu sein, daß die Annäherung und die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volk schon in der Tiefe und in der Breite der beiden Völker wirksam sind. Durch die vielen Ereignisse nach dem zweiten Weltkrieg sind diese Verständigungsaktionen so weit gediehen, daß am Schicksalsstrom Rhein der Friede hoffentlich für immer eingekehrt ist. Dies berechtigt uns auch zu der Hoffnung, daß die in Europa noch immer vorhandenen Schwierigkeiten ebenso überwunden werden.

Das Europagespräch 1959 ist so wie sein Vorgänger ein wirklicher Erfolg geworden. Das ermutigt uns, unsere Gespräche und Zusammenkünfte mit Europäern auch in den kommenden Jahren fortzusetzen.

Der Bürgermeister warf noch einmal die Frage auf, warum die Europagespräche in Wien geführt wurden und warum das Thema gewählt wurde: Die Jugend und Europa. Österreich und vor allem Wien, so sagte er, spüren besonders deutlich, in welche Lage wir durch die momentane Entwicklung in Europa gekommen sind. Gegen unseren Willen sind wir aus der Mitte an den Rand des Kontinents gerückt, aber wir wollen uns dadurch nicht ausschalten lassen von der allgemeinen, von der geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Am meisten soll man von Europa dort sprechen, wo dieses Europa am gefährdetsten ist. Und mit unserer Jugend soll gesprochen werden, weil gerade die Jugend von allem informiert sein soll, was Europa betrifft. Wir müssen sie offenerzig, sogar schonungslos mit allen Hindernissen vertraut machen, die sich der europäischen Einigung entgegenstellen, damit

die Jugend auch die notwendige Energie aufbringt, diese Hindernisse zu überwinden. Wir wollen die Jugend damit allerdings nicht abschrecken. Sie muß im Gegenteil bereit sein, der Träger einer großen Idee zu sein, die allerdings mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Deshalb wollen wir unsere Jugend zu Europäern erziehen, die mit heißem Herzen, aber kühlem Kopf der großen Idee der europäischen Einigung dienen.

Abschließend stellte Bürgermeister Jonas fest: Die europäische Einigung wird nicht gratis ins Haus zugestellt, sondern sie muß erarbeitet und erkämpft werden. Und der Preis für die europäische Einigung kann nicht auf die kommende Generation abgewälzt werden. Europa kann man nicht auf Kredit bekommen, man muß den Preis sofort bezahlen. Aber die Opfer, die die europäischen Völker zu bringen haben, sind klein, vorübergehend und erträglich im Vergleich zu den dauernden und großen Opfern und Schädigungen, die Europa zu tragen hätte, würde die Einigung scheitern. Wir würden dann von der Entwicklung überrollt werden und in den Zustand unterentwickelter Länder kommen. Wir wollen, daß die Gutgesinnten in allen Ländern zusammenarbeiten und zusammenhelfen, denn davon hängt der Friede und die Freiheit Europas und seiner kommenden Generation ab.

Damit war das Europagespräch 1959 beendet.

- - -